

## Rechtschreibreform und politische Ordnung

Die deutsche Rechtschreibreform war gründlich misslungen, und auch nach den sich über viele Jahre hinziehenden Nachbesserungen ist sie alles andere als ein Erfolg. Die offenkundigen Mängel dieser Reform hatten die Bürger Deutschlands und der deutschsprachigen Nachbarländer anfänglich in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite standen die Befürworter einer inkompetenten Erneuerung, die aus zum Teil sehr eigennützigen Gründen an den Reformergebnissen festhalten wollten. Auf der anderen standen risikoscheue Bewahrer, die von Veränderungen der Rechtschreibung aus Prinzip nichts wissen wollten. Die alte Orthographie aber war wenig schlüssiger als die neue, und auch sie war dementsprechend angreifbar. Die meisten schreibenden Bürger sahen sich daher in dem Dilemma, zwischen zweierlei willkürlichen Regelungen wählen zu sollen. Dies aber war alles andere als ein Fortschritt in der Sprachentwicklung. Für die - ohnehin längst darniederliegende - politische Kultur in den deutschsprachigen Ländern wurde damit wiederum Schlimmes angerichtet.

Von vornherein gegen die Rechtschreibreform gewesen zu sein, bedeutete unter diesen Umständen wenig. Es konnte bedeuten, dass man um jeden Preis an dem vermeintlich Bewährten festhalten wollte, oder auch, dass man zu wenig geistige Innovationsbereitschaft aufbrachte, um sich mit Vorschlägen für eine veränderte Orthographie ernsthaft auseinanderzusetzen. Es konnte auch schlicht daran liegen, dass man sich mit dem Thema kaum oder gar nicht beschäftigt hatte.

Viel wichtiger als die Reformverweigerung war natürlich von Beginn an die Ursachenerforschung. Wichtig war, das Versagen der Reformer plausibel erklären zu können. Wichtig war die Frage, ob man von den Reformern prinzipiell nichts Besseres erwarten durfte. Wichtig war insbesondere, ob deren Versagen eine mehr oder weniger zufällige politische Fehlleistung war oder ob dem Scheitern der Reform Zwangsläufigkeit innewohnte.

Für kritische Beobachter der bestehenden Staatsordnung war die Antwort hierauf von vornherein klar. Der politische Umgang mit der Rechtschreibung war Teil eines allgemeinen Politikversagens. Die Unzulänglichkeit der Re-

---

formversuche wurde dadurch erklärbar, und das Schicksal der Reform war insofern auch vorhersehbar. So war z.B. in der „Jahrtausendwende“ die Rechtschreibreform als eins von vielen Beispiel für die systembedingten Qualitätsmängel realer Politik angeführt worden. Dort lamentierte ein Schulbuchverleger:

Und dann die Rechtschreibreform. In den Hinterzimmern der Kultusministerien ausgekugelt, fachlich unausgereift, über die Köpfe der Bürger, auch der Unternehmen hinweg entschieden, vor aller berechtigten Kritik in Schutz genommen. Es trifft uns alle, aber am schlimmsten die Schulbuchverlage. Hundert Millionen in die Umstellung investiert, und plötzlich stand die Reform auf der Kippe. Das ganze Geld möglicherweise verloren, Millionen Bücher möglicherweise Makulatur. Und gleichzeitig mahnen uns die Politiker, als Unternehmer risikofreudiger zu sein.“<sup>1</sup>

Dies sollte ein erster Hinweis darauf sein, dass schon im Zustandekommen einer solchen Reform, in der politischen Zuständigkeitsregelung nämlich, ein grundlegender Mangel angelegt war. In Deutschland waren es die Regierungen der Bundesländer, vertreten durch die Landeskultusminister, die über die Reform zu entscheiden hatten. Da diese Regierungen wiederum von den politischen Parteien gestellt waren, war die Rechtschreibreform letzten Endes Ausgeburt des herrschenden Parteiensystems. Auf dessen gemeinsamem niedrigem Kompetenzniveau agierend, beschloss die Kultusministerkonferenz einstimmig, was Parteienvertreter sich unter einer zeitgemäßen Vereinfachung der Rechtschreibung vorstellten.

Natürlich war es ein Leichtes, hierfür - wie noch für fast jedes politische Projekt - wissenschaftliche Rückendeckung von bestellten Experten zu bekommen. Die Ergebnisse der Reformbemühungen bestätigten jedoch sehr bald, dass die mit der Reform befassten Entscheidungsinstanzen der Aufgabe fachlich nicht gewachsen waren. Diese vermochten es weder, die verfügbare Sachkunde von Autoren und Sprachwissenschaftlern vorurteilslos zu mobilisieren und ungefiltert in ihre Meinungsbildung einfließen zu lassen, noch waren sie in der Lage, die Wirkungen einer solchen Reform in ihrer Langfristigkeit zu begreifen. Den politischen Verantwortungsträgern schien es offenbar, als sei eine einmalige Entscheidung zu treffen, die dann von der Sprachgemeinschaft generationenlang als verbindlich akzeptiert würde. Unter anderem dieser offenkundige Mangel an langfristiger Denkweise aber machte die Rechtschreibreform zu einem besonders eingängigen Beispiel systembedingter politischer Überforderung. Dass diese Reform „nur“ Schreibweisen und nicht direkt

---

<sup>1</sup> B. Wehner, Jahrtausendwende, Weinheim 1998, S. 48.

---

menschliche Schicksale betraf und dass deren Schadenswirkung daher vergleichsweise harmlos war, ändert hieran nichts.

Der Gedanke, dass die politischen Institutionen der herkömmlichen Demokratie von einer Aufgabe wie der Rechtschreibreform überfordert sein könnten, war selbst dem herkömmlichen politischen Denken keineswegs fremd. In Frankreich etwa lag und liegt die Zuständigkeit für diese Frage nicht bei einer politischen Instanz, nicht bei Parlamenten oder Regierungen, sondern bei der Académie Française, einer Institution also, deren herausragendes Merkmal die Unabhängigkeit von aller so genannten demokratischen Politik ist. Diese Zuständigkeitsregelung hat allem Anschein nach dazu beigetragen, dass Frankreich bisher ein der deutschen Rechtschreibreform vergleichbares kulturpolitisches Desaster erspart blieb.

Frankreich ist immer ein zentralistisch angelegter Staat gewesen, und dementsprechend ist dort auch die Rechtschreibung zentralistisch geregelt. Die Kompetenz einer Instanz wie der Académie hat indessen mit ihrer Eigenschaft als zentralistisches Regelsetzungsmonopol nichts zu tun. Kompetenz gedeiht am besten dort, wo das Zuständigkeitspektrum einer Entscheidungsinstanz vergleichsweise eng und die Einarbeitungszeit von Entscheidungsträgern vergleichsweise lang bemessen ist. Sie beruht also letztlich auf langfristig angelegter Spezialisierung, wie sie beispielsweise bei den Mitgliedern der Académie Française unterstellt werden kann.

Da aber Kompetenz nichts mit Zentralismus zu tun hat, ist es gut vorstellbar, dass in ein und demselben politischen Aufgabenbereich mehrere hoch kompetente Institutionen tätig sind. Vorstellbar wäre beispielsweise, dass in Frankreich neben einer Académie Française eine zweite oder mehrere weitere Institutionen agieren, die sich des Problems Rechtschreibung gleichermaßen kompetent annehmen und die sich auch gleichermaßen als Regelsetzer verstehen. In einem solchen Fall bekäme die politische Öffentlichkeit es mit mehreren konkurrierenden und dennoch gleichermaßen kompetenten Regelungen zu tun. Auf einem Gebiet wie der Rechtschreibung könnten tatsächlich mehrere Regelungen - zumindest vorübergehend –gleichrangig nebeneinanderstehen. Ein solcher Zustand könnte so lange andauern, bis eine dieser Regelungen im Rahmen der sprachlichen Evolution eine eindeutig überlegene Akzeptanz und damit de facto eine weitgehende Verbindlichkeit in der gesamten Sprachgemeinschaft gewönne.

---

Auf diesen Aspekt, dass zum einen von den herkömmlichen, eben überforderten Institutionen nichts anderes als eine zum Scheitern verurteilte Rechtschreibreform zu erwarten war und dass zum anderen eine dezentrale Regelung gleich viel oder sogar mehr Kompetenz generieren würde als eine zentralistische, wurde in den Darstellungen zur Staatsform der mehrspurigen Demokratie vielfach hingewiesen. Dabei wurde die Rechtschreibung als ein Aufgabengebiet der Kulturpolitik genannt, das am besten in einer mehrspurigen Demokratie gemeistert werden könnte. Die folgende Erläuterung dieses Sachverhalts hat in Grundzügen unverändert Bestand:

Viele einheitliche staatliche Regelsetzungen sind von den Bürgern und Politikern schon seit Langem nur deswegen noch als selbstverständlich hingenommen worden, weil sie von der Macht der Gewohnheit getragen waren. Ein naheliegendes, weil aktuelles Beispiel hierfür sind die Rechtschreibregeln. Die Auseinandersetzungen um die jüngste deutsche Rechtschreibreform haben vielen Bürgern, vielen Experten und am Ende wohl auch manchem zuständigen Politiker vor Augen geführt, dass die Sprache mit einem geringeren Umfang an verbindlichen Regeln, mit etwas mehr Offenheit für die sprachliche Intuition der Schreibenden, letztlich also mit etwas mehr Heterogenität als bisher, gut leben und sich sogar organischer entwickeln könnte.

Solche Heterogenität der Sprache kann auch aus einer vorübergehenden Heterogenität der politischen Willensbildung hervorgehen. Hätte beispielsweise ein Bundesland sich in der Frage der Zusammenschreibung von Wörtern wie "statt dessen" und "übrigbleiben" mit einer eigenen Regelung vom übrigen Deutschland abgesetzt, hätte ein anderes auf seinem Territorium den Sprachgebrauch in dieser Hinsicht freigegeben und hätte ein weiteres Bundesland gar beschlossen, die neuen Regeln nur für die nachwachsenden Jahrgänge verbindlich zu machen, wäre es also in diesen Fragen zu einem echten politischen Regelpluralismus gekommen, hätte dies wohl kaum jemand als ernsthaftes gesellschaftliches Regelungsdefizit empfunden. Früher oder später würden sich vor solchem Hintergrund die von den meisten Bürgern als plausibler empfundenen Schreibweisen allgemein durchsetzen. Der Sprachgebrauch würde sich also in manchen Details selbsttätig wieder vereinheitlichen, in anderen dagegen neue, zunächst noch uneinheitliche Wege suchen. Die Evolution der Sprache wäre unter solchen Umständen offener gestaltet, und es wäre gut so.<sup>2</sup>

Dies war zwar noch keine Aussage zur Funktionsweise einer mehrspurigen Demokratie, aber es war der für das Verständnis dieser Staatsform notwendige Hinweis, dass ein Verzicht auf die herkömmliche Zuständigkeitsbündelung in der Politik alles andere wäre als ein Verzicht auf Lösungskompetenz.

Das langwierige Scheitern der deutschen Rechtschreibreform war politisch ernüchternd, aber wie jedes Scheitern birgt es zumindest die tröstliche Hoffnung auf Erkenntnisfortschritte. Zumindest langfristig könnte es zu der Ein-

---

<sup>2</sup> B. Wehner, Die andere Demokratie, Wiesbaden 2002, S. 116

sicht beitragen, dass die Voraussetzung für eine bessere Reformpolitik eine vollständige Neuordnung der politischen Zuständigkeiten wäre, also letztlich ein neue politische Ordnung.

Dass ein großer Teil der Bürger und auch manche großen und kleinen Verlage sich der Rechtschreibreform über Jahre verweigerten und einige es auch nach den zahlreichen Reformen der ursprünglichen Reform weiterhin tun, kann als gezielter Protest gegen einen inkompetenten Regelungscentralismus gedeutet werden. Es ist jedenfalls ein Stück Diskreditierung des institutionellen Hintergrundes dieser Reform, also des bestehenden politischen Systems, und es kann im besten Fall dazu ermutigen, in Fragen der politischen Ordnung über dieses System hinauszudenken. Die Verbreitung des Gedankens, dass in einer mehrspürigen Demokratie solche Reform niemals beschlossen worden wäre, ja dass in dieser Staatsform generell der Evolution der Sprache weniger Fesseln angelegt würden, wäre immerhin ein erfreuliches Resultat einer verfehlten deutschen Rechtschreibreform.

10 – 2004

(geändert 04-2007)